

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 3/2020

31. Juli 2020



Liebe Leserinnen und Leser,

die letzten Landtagssitzungen vor der parlamentarischen Sommerpause haben vorige Woche stattgefunden. Sie haben sich wieder hauptsächlich um die Bewältigung der Corona-Pandemie und ihrer Auswirkungen auf unsere Wirtschaft gedreht. Nachdem der Bund ein 130 Milliarden Euro schweres Hilfspaket auf den Weg gebracht hat, wäre es an der Tagesordnung gewesen, dass das Land dieses zügig mit einem eigenen Konjunkturpaket flankiert. Doch statt schnell und angemessen zu handeln, hat Grün-Schwarz wieder gebremst und will mit einem entsprechenden Nachtragshaushalt erst die nächste Steuerschätzung im Herbst abwarten. Das reicht nicht! Wir müssen unsere Wirtschaft jetzt gezielt unterstützen und zeitnah die richtigen Anreize setzen, um den angeschlagenen Unternehmen wieder auf die Beine zu helfen. Dass sich die Landesregierung zu keiner gemeinsamen Konjunkturstrategie in dieser akuten Notlage durchringen kann, ist eine ernste Gefahr für die Wirtschaftskraft und vor allem die Arbeitsplätze in unserem Land.

Wir haben uns inzwischen - zumindest größtenteils - in einem Leben mit Einschränkungen eingerichtet und hoffen, dass diese Zeit bald vorbei ist und wir wieder in unser „altes“ Leben ohne Corona-Gefahr zurückkehren können. Doch die Infektionszahlen steigen in den letzten Tagen wieder merklich. Das hat vielfältige Gründe. Einer davon ist sicher die Rückkehr vieler Urlauber aus Risikogebieten bzw. Urlaubsregionen mit erhöhtem Infektionsgeschehen. Hier sollte die Landesregierung zumindest ein Konzept haben, wie sie mit Urlaubsrückkehrern umgehen will. Die Ferien in Baden-Württemberg haben be-

gonnen, aber der Konzeptansatz ist sehr überschaubar. Um ehrlich zu sein, Ministerpräsident Kretschmann hat bisher keinerlei Plan, wie mit dieser Situation umgegangen werden soll. Hier setzt sich die traurige Regierungsrealität fort, in der auch das Kultusministerium die Familien, Kindergärten und Schulen alleingelassen und die Verantwortung im Umgang mit der Pandemie abgewälzt hat.

Aber nicht nur chronische Konzeptlosigkeit zeichnet die grün-schwarze Regierungsarbeit nach wie vor aus. Die Uneinigkeit zwischen den Koalitionspartnern ist inzwischen soweit gediehen, dass sogar Gerichte dafür herhalten sollen, Lösungen im Regierungswirrwarr zu finden. Wenn ein Minister in der Landespressekonferenz sagt, er hoffe auf eine Klage, damit ein Gericht den Zwist seines Hauses mit einem anderen Ministerium beendet, dann sind wir in Absurdistan angekommen. Minister Untersteller hatte seine Aussage damit begründet, dass das grün geführte Umweltministerium und das CDU-geführte Wirtschaftsministerium sich nicht auf eine inhaltliche Interpretation der Landesbauordnung zu Schottergärten einigen können. Wenn zwei Ministerien an diesem Punkt nur noch über Anwälte kommunizieren könnten, wäre das wirklich ein verheerendes Zeichen.

Bevor im Herbst der Wahlkampf für die Landtagswahl im März 2021 eingeläutet wird, wünsche ich Euch eine schöne Sommerzeit. Ich hoffe, Ihr und Eure Familien und Freunde könnt diese Wochen trotz aller Einschränkungen und Unannehmlichkeiten genießen und findet etwas Erholung und Entspannung vom Alltag. Wir sollten uns aber immer bewusst sein, dass es in unserer Hand liegt, mit entsprechenden Schutz- und Vorsichtsmaßnahmen eine zweite Welle zu verhindern. Jeder Einzelne kann und sollte helfen, sich und andere zu schützen.

In diesem Sinne wünsche ich Euch alles Gute, bleibt gesund und zuversichtlich! Und natürlich wünsche ich auch heute wieder eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch

Landeskonjunkturpaket

In der 121. Sitzung am 17. Juni diskutierte der Landtag auf Antrag der CDU über Maßnahmen der Landesregierung, um die Konjunktur anzukurbeln und schneller aus der durch die Corona-Pandemie verursachten Krise herauszukommen. In meiner Rede wies ich darauf hin, dass zunehmend der Eindruck einer Normalisierung entsteht. Aber die Auswirkungen der Pandemie sind bei Weitem noch nicht ausgestanden und werden uns noch viele Monate, ja eher Jahre beschäftigen. Verwunderlich ist, dass bei einer solch wichtigen Debatte über ein Konjunkturpaket weder der Ministerpräsident, noch sein Vize, noch die Finanzministerin anwesend sind. Das ist kein gutes Zeichen für Baden-Württemberg, denn was kann es denn Wichtigeres für die Regierungsspitze geben als eine Sitzung des Landtags? Das Konjunkturprogramm des Bundes hat wichtige Impulse in dieser schwierigen Situation gesetzt und gibt schnelle Hilfen. Wichtig für die SPD ist dabei besonders die Sicherung von Arbeitsplätzen, aber auch das Schaffen von Anreizen zur Konjunkturankurbelung und Zukunftsinvestitionen in die Bildung. Das Programm hilft vor allem Familien und Menschen mit geringerem Einkommen. Auch strebt der Bund einen Pakt mit den Ländern für den öffentlichen Gesundheitsdienst an, legt ein Zukunftsprogramm Krankenhäuser auf, unterstützt bei der Suche nach einem Impfstoff und sorgt für eine bessere Versorgung mit Schutzausrüstung und Medikamenten. Der Wirtschaft wird geholfen, indem Firmen ihre Liquidität erhalten können. Die befristete Mehrwertsteuersenkung ist ein weiteres wichtiges Signal. Davon profitieren auch unsere Automobilindustrie und der Maschinenbau. Für besonders wichtig halte ich den Solidaripakt mit den Kommunen mit der Kompensierung der Gewerbesteuer ausfälle.

Umso trauriger ist, dass die Landesregierung dieses Thema in den Herbst verschiebt. In diesen Wochen stellen die Kommunen ihre Nachtragshaushalte auf und brauchen eine fundierte finanzielle Grundlage, auch vom Land. Dafür ist es im Herbst zu spät! Grüne und CDU müssen jetzt Verantwortung übernehmen und sich über die Priorisierung der Maßnahmen einig werden. Alles andere ist fatal und zeigt einmal mehr, dass diese Landesregierung in der Krise nicht handlungsfähig ist. Notwendig sind der Ausbau des ÖPNV und neue Schienenverkehrsprojekte. Mit der Abschaffung der Kita-Gebühren hätten junge Familien mehr Geld und es würden Konsumanreize geschaffen. Die Sicherung von Arbeitsplätzen und der Berufsausbildung wären weitere wichtige Punkte. Aber was das Land gerade tut, ist zu wenig und viel zu spät!

Solidarität mit unserer Polizei!

In einer von der SPD beantragten Aktuellen Debatte in der 122. Sitzung am 24. Juni bekundet die SPD-Fraktion anlässlich der Stuttgarter Gewaltexzesse ihre Solidarität mit der Polizei.

Der Beginn der Debatte war begleitet von lautstarken, böartigen Kommentaren der AfD. Mir ist kurz der Kragen geplatzt und ich habe die Zwischenrufer aufgefordert, „ihren Schnabel zu halten“. Denn diese Partei und ihre Anhänger sind es, die unseren Staat und seine Institutionen tagtäglich verächtlich machen.



Foto: Landtag von Baden-Württemberg

Die Exzesse in Stuttgart haben mich schockiert. Ich wünsche den verletzten Polizisten schnelle Genesung und danke allen am Einsatz Beteiligten. Sie haben die Bürger gegen diesen Ausbruch sinnloser Gewalt mit ungeheurer Besonnenheit geschützt. Dadurch konnte Schlimmeres verhindert werden. Dank allein aber reicht nicht! Wir müssen uns ausdrücklich zu unserer Polizei bekennen. Die große Mehrheit im Land tut das auch und ist dankbar dafür, was sie bescheiden „ihren Dienst tun“ nennen. Die Polizei schützt uns, aber wir müssen auch unsere Polizei schützen. Das, was in Stuttgart passiert ist, ist ein Angriff auf uns alle, auf unsere freie demokratische Gesellschaft. Das dürfen wir nicht zulassen. Die Täter müssen mit aller Härte des Gesetzes zur Rechenschaft gezogen werden. Doch wir müssen auch fragen, wie so etwas passieren konnte. Was können wir tun, um solche Entwicklungen zu stoppen? Es reicht nicht, mit parteitaktischen und billigen Schuldzuweisungen zu agieren. Diese Entwicklungen gibt es schon länger. Seit Jahren erfahren wir eine wachsende Respektlosigkeit, ja krankhafte Unfähigkeit von Individuen, ihr Ego in Einklang mit den Regeln unserer Gesellschaft zu bringen. Hier braucht es gesamtgesellschaftliche Anstrengungen. Eins muss vollkommen klar sein: Das Gewaltmonopol liegt allein beim Staat und seinen Organen, insbesondere bei der Polizei. Diese hat unseren Dank, unsere Solidarität und Unterstützung verdient, damit solche Szenen sich niemals wiederholen.

Die Zukunft unserer Kinder

In der 125. Landtagssitzung am 22. Juli wollte die SPD im Rahmen einer Aktuellen Debatte die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf unser Bildungssystem diskutieren und wie das Kultusministerium mit dieser Situation umgeht.

Den bildungspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, **Stefan Fulst-Blei**, treibt die Sorge um, dass viele Kinder und Jugendliche in der Coronakrise den Anschluss verlieren, weil Geldbeutel und Bildungshintergrund der Eltern darüber entscheiden. Der Bund hat dank SPD-Initiative Mittel für Endgeräte bereitgestellt. Erst dann habe das Land nachgezogen. Fraglich bleibt aber, ob das im neuen Schuljahr ausreicht. Es gibt zahlreiche weitere Problemlagen, deren Ursache die schlechte Kommunikation der Kultusministerin ist. Sie schiebt die Verantwortung an die Schulleitungen ab und lässt wirkliche Unterstützung für die Schülerinnen und Schüler vermissen. Das Nachhilfeprogramm „Lernbrücke“ droht mehr und mehr zur „Lernkrücke“ zu werden. Das Konzept krankt an zu wenig Zeit und zu wenig Verbindlichkeit. Es reicht keinesfalls, den Lernrückstand von vier Monaten aufzuholen. Zweifelhaft ist auch, ob gerade diejenigen Schüler mit großem Nachholbedarf erreicht werden. Die SPD-Fraktion verlangt, dass den Schulen ein Budget zur Verfügung gestellt wird, um Nachhilfe während des gesamten Schuljahrs anzubieten. Wesentlicher Bestandteil könnte dabei die Einbindung zertifizierter Dozentinnen von VHS oder Nachhilfeinstituten sein. Auch wäre die Unterstützung durch mehr Assistenzen und Studierende denkbar. Die SPD-Fraktion hat u.a. dazu ein Konzeptpapier „Das krisenfeste Klassenzimmer“ entwickelt. Kritisch ist auch der Umgang mit der Schulpflicht. Wie soll verhindert werden, dass ausgerechnet die Kinder zuhause bleiben, die eine Förderung am dringendsten benötigen? Für die SPD ist die Schulpflicht, das Recht auf Bildung der Kinder, ein sehr hohes Gut. Deswegen muss es eine Attestpflicht zur Freistellung vom Unterricht geben und möglichst Absprachen mit den Kommunen über eine aufsuchende Schulsozialarbeit. Auch muss endlich der datenschutzrechtliche Status des Fernunterrichts geklärt werden. Das ist Aufgabe des Kultusministeriums und nicht der Schulleitungen. Die derzeitige Politik droht, die Bildungsschere weiter zu öffnen. Das ist unverantwortlich! Ebenso wie die Entlassung der Referendare und befristeten Lehrkräfte. Das Land muss diesen sozialpolitischen Missstand endlich abstellen und nicht die Fachkräfte, die wir nach den Ferien dringender denn je wieder brauchen, sechseinhalb Wochen in die Arbeitslosigkeit entlassen. Fulst-Blei empfiehlt weniger Wahlkampf – mehr Kultusministerium!

Respekt für Blaulichtorganisationen

In der letzten Landtagssitzung vor der parlamentarischen Sommerpause am 23. Juli widmete das hohe Haus eine Debatte der wertvollen Arbeit der Blaulichtorganisationen.



Foto: SPD-Landtagsfraktion

Rainer Hinderer, Vorsitzender des Sozialausschusses im Landtag, lobte die starke Leistung der Blaulichtorganisationen in der Coronakrise. Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste sind durch die Pandemie in besonderem Maße betroffen. Sie stehen an vorderster Front und unterliegen einer erhöhten Infektionsgefahr. Ihre Arbeit hat sich stark verändert. Die Polizei muss zusätzlich die Einhaltung der Schutzmaßnahmen kontrollieren und stößt dabei häufig auf Unverständnis und sogar Widerstand. Diese höheren Belastungen, gerade für die Ehrenamtlichen, werden aber vorbildlich gemeistert. Dafür dankt die SPD-Fraktion ausdrücklich. Unbegreiflich ist, dass die Angriffe auf die Einsatzkräfte immer weiter zunehmen. Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte ist kein Kavaliersdelikt und muss mit Härte geahndet werden. Respekt beginnt bei der Frage, wie wir zu unseren staatlichen Institutionen stehen. Generell muss es darum gehen, Vertrauen in den Staat wiederzugewinnen. Wir müssen die in die Schranken weisen, die das staatliche Gewaltmonopol infrage stellen oder den Staat und seine Institutionen verächtlich machen. Das geschieht eben nicht nur draußen auf der Straße, sondern leider auch zunehmend hier im Parlament. Die Landesregierung steht in besonderer Verantwortung und muss die Voraussetzungen schaffen, dass die Blaulichtorganisationen ihre Arbeit machen können. Im Raum steht aber nach wie vor die Frage nach einer Entschädigung für Ehrenamtliche, ein Helfergesetz, die lang angekündigte Novellierung des Rettungsdienst- oder Leitstellengesetzes. Das ist kein Zeichen für Respekt! Jeder Einzelne kann dazu beitragen, dass der Respekt gegenüber staatlichen Behörden wieder wächst. Die SPD steht vorbehaltlos hinter der Polizei und allen Blaulichtorganisationen.

Stoch packt's an – als Metzger

In meiner Aktionsreihe „Stoch packt's an“ durfte ich in der Steinheimer Rathaus-Metzgerei einer Rinderschlachtung beiwohnen und selbst Leberkäse zubereiten.



Die Rathaus-Metzgerei ist eine der wenigen Metzgereien im Kreis, die noch selbst schlachten. Wittlingers legen großen Wert darauf, dass ihre Schlachttiere aus der Region kommen und nach höchsten Tierschutzmaßnahmen gehalten und stressfrei geschlachtet werden. Ärgerlich sind vor allem die hohen Schlachtgebühren im Kreis Heidenheim. Hier muss etwas geschehen, sonst werde es bald keine kleinen Schlachtbetriebe mehr geben, befürchtet der Metzger.

Gerade als Bio-Musterregion müssen wir die regionale Fleischproduktion und -vermarktung stärken. Ich konnte mich von der qualitativ hochwertigen, transparenten und nachhaltigen Fleisch- und Wurstproduktion in der Rathaus-Metzgerei überzeugen und hoffe, dass gerade auch durch die Corona-Krise noch mehr Menschen die heimische Lebensmittelproduktion schätzen und bewusster einkaufen. Wir müssen unsere Metzgereien und Bäckereien vor Ort erhalten. Sie versorgen uns nicht nur mit selbst produzierten und qualitativ hochwertigen Waren, sondern sie sind auch wichtige Arbeitgeber und Abnehmer von in der Region erzeugten Produkten.



Auf einem weitläufigen Gelände am Ortsrand hält sich Markus Wittlinger Wollschweine und sichert damit einer uralten Haustierrasse durch Aufzucht, artgerechte Haltung und Vermarktung die weitere Existenz.

Stoch packt's an – als Radwegewart

In über dreißig Berufen durfte ich im Lauf des vergangenen Jahres im Rahmen meiner Aktionsreihe mit anpacken. Sicher nicht der unangenehmste Job war mein Einsatz als Radwegewart.



Gemeinsam mit Siegwart Schottky vom ADFC war ich im schönen Lonetal auf dem Albtäler-Radweg unterwegs, um Schilder und Informationstafeln zu überprüfen und gegebenenfalls zu säubern und die Sicht auf diese freizumachen. Dabei sind uns zahlreiche Radlerinnen und Radler begegnet, die unsere wunderbare Region genossen und auch gerne auf ein Pläuschchen angehalten haben.



Wenn es Euch interessiert, in welchen Berufen ich schon alles unterwegs war, dann geht auf „Stoch packt's an“ auf meiner Homepage. Viel Spaß beim Stöbern!

Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL

Redaktion: Danjela Folberth

Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim

Tel.: 07321/ 4 00 80

E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de

Internet: www.andreas-stoch.de